

Petition gegen die Nordumgehung

Mehr als 560 Bürger haben unterschrieben.
Und auch die Stadt will die Straße nicht mehr.

■ **Schloß Holte-Stukenbrock** (gri). Ein altes, fast in Vergessenheit geratenes Straßenbauprojekt ist plötzlich wieder da: Im nächsten Fachausschuss für Stadtentwicklung beraten die Lokalpolitiker unter anderem eine Stellungnahme zum Regionalplan. Ein Aspekt interessiert die Stukenbrocker dabei besonders: eine nördliche Umgehungsstraße vom Kreuzkrug nach Augustdorf. Mitten durch schützenswerte Natur. Bürger haben jetzt – wieder – eine Petition gegen das Vorhaben angestoßen, aber auch die Stadt selbst will die Umgehungsstraße offensichtlich nicht mehr.

In der Stellungnahme zum neuen Regionalplan schmettert die Stadt die Nordumgehung mit zwei Sätzen ab. „Die L758 n wurde ‚ohne räumliche Festlegung‘ in den Regionalplan übernommen“, heißt es dort. „Unabhängig vom bestehenden Landesstraßenbedarfsplan weist die Stadt darauf hin, dass diese Nordumgehung nicht nur aus Naturschutzgründen (...) nicht mehr gefordert und (...) aus heutiger Sicht als redundant gemeldet wird.“

Die Anwohner wollen dennoch auf Nummer sicher ge-

hen und bei der Bezirksregierung Einspruch gegen die Nordumgehung einlegen. Schon 2006 hat sich eine Bürgerinitiative formiert, die jetzt wieder aktiv wird. Auf der Internetseite nordumgehung-stukenbrock-bitte-nicht.de informiert sie über das Projekt. Auch eine Telefonkonferenz mit Bürgermeister Hubert Erichlandwehr und dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU, Stefan Burckardt, hat es bereits gegeben.

Vor 15 Jahren hielt die CDU die Nordumgehung für die optimale Lösung der Verkehrsprobleme in Stukenbrocks Zentrum. Im Landesstraßenbedarfsplan wurde die Nordumgehung aber in die Stufe 2 eingeordnet. Ein Bau vor 2015 wurde damit ausgeschlossen. Politisch verworfen wurde das Projekt aber nicht, und deshalb landet es jetzt erneut im Regionalplan.

Das soll sich ein für alle Mal ändern. Die Interessengemeinschaft „Nordumgehung-Stukenbrock-bitte-nicht“ hat die Petition auf ihrer Internetseite veröffentlicht. Dort kann virtuell unterschrieben werden. Mehr als 560 Bürger haben sich dem Einspruch bislang angeschlossen.